

Das Eigenpotential im Entwicklungsprozeß

Von

Winfried Böll, Otto Matzke
Hermann Priebe, Heinz Rudolph, Winfried von Urff

Herausgegeben von Hermann Priebe



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 69

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 69

Das Eigenpotential im Entwicklungsprozeß



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Das Eigenpotential im Entwicklungsprozeß

Von

Winfried Böll, Otto Matzke

Hermann Priebe, Heinz Rudolph, Winfried von Urff

Herausgegeben von Hermann Priebe



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten
© 1972 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1972 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61
Printed in Germany
ISBN 3 428 02844 9

Zur Einführung

Wir stehen in einer Phase der kritischen Besinnung gegenüber der Dritten Welt, in einer Umbruchsituation der Entwicklungspolitik. Es geht jetzt um mehr als die bisher übliche Frage, ob die von den wohlhabenden Ländern aufgebrauchten Hilfsmittel ausreichen. Überall werden Zweifel laut, ob die Ansätze und Methoden der Hilfe richtig sind, ob unsere Zielvorstellungen stimmen.

Die Diskussion darüber ist weltweit in Gang gekommen. Sie spiegelt sich in manchen offiziellen Dokumenten wider, wie dem Pearson-Bericht, der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesrepublik für die Zweite Entwicklungsdekade, neuerdings auch den Verlautbarungen der Weltbank. Sie bildet auch den realen Hintergrund der wachsenden Kritik seitens der jungen Generation.

Der Ausschuß Entwicklungsländer in der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Verein für Socialpolitik, hat sich im Bemühen auch seitens der Wissenschaft einen Beitrag zur Diskussion um die Neuorientierung der Entwicklungspolitik zu leisten, auf seiner Jahrestagung 1971 mit dem Thema „Das Eigenpotential im Entwicklungsprozeß“ beschäftigt. Bei allen unbestreitbaren Erfolgen im wirtschaftlichen Wachstum vieler Entwicklungsländer, in der Industrie- und Agrarproduktion, im Außenhandel, muß doch erkannt werden, daß grundlegende Veränderungen in den meisten Ländern kaum in Gang gekommen sind, im Gegenteil, daß die wirtschaftlichen und sozialen Dualismen innerhalb der Länder wachsen, die Einkommensunterschiede zunehmen. In dem Kreis der fünf Themen geht es um diese Problematik und um ergänzende, vielleicht neue Ansätze der Entwicklungspolitik, um die Frage nach den Möglichkeiten einer breiteren Entwicklung von der Basis her, mit dem Ziel, die bisher benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu aktivieren und das Eigenpotential der Entwicklungsländer erkennbar und für neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen nutzbar zu machen.

Der Ausschuß Entwicklungsländer möchte dafür zunächst weniger abstrakte wissenschaftliche Arbeit leisten, sondern mit einem Dialog zwischen Wissenschaftlern und in der praktischen Entwicklungspolitik Verantwortlichen beginnen. Er fühlt sich dabei in der großen Tradition des ‚Verein für Socialpolitik‘, der vor einem Jahrhundert durch gesellschaftspolitisch engagierte Nationalökonomien wie Gustav Schmoller,

Adolf Wagner, Lujo Brentano, Georg Friedrich Knapp u. a. gegründet wurde. In der damaligen Umbruchsituation im Übergang in die Industriegesellschaft hob Schmoller in seiner Gründungsansprache zur ersten Tagung im Oktober 1872 in Eisenach hervor, daß der „tiefe Zwiespalt, der durch unsere gesellschaftlichen Zustände geht“, Zweifel an der Richtigkeit der herrschenden volkswirtschaftlichen Doktrin habe aufkommen lassen und es daher gelte, eine „Basis für die Reform unserer sozialen Verhältnisse zu finden“.

Man könnte die heutige Situation in der Entwicklungspolitik mit ähnlichen Worten kennzeichnen. Die verschiedenen Themen dienen einer Übersicht und kritischen Analyse der bestehenden Probleme. Niemand wird bereits ein neues geschlossenes Programm erwarten. Zunächst geht es darum, in aller Bescheidenheit zu erkennen, daß zentrale Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und gesellschaftlichen Wandlung der Dritten Welt noch geistig unbewältigt sind. In diesem Sinne mögen unsere Überlegungen als Anstoß dienen und zu einer kritischen Diskussion beitragen, die Anregungen für die weitere wissenschaftliche Arbeit gibt und auch der Unterstützung der für die Entwicklungspolitik Verantwortlichen bei ihren Aufgaben dient.

Frankfurt/M., 12. 11. 1971

Hermann Priebe

Inhaltsverzeichnis

Entwicklungspolitik und Gesellschaftsveränderung Von Ministerialdirektor <i>Winfried Böll</i> , Bonn	9
Überwindung von Dualismen und Einbeziehung der ländlichen Bevölkerung in den Entwicklungsprozeß Von Professor Dr. <i>Hermann Priebe</i> , Frankfurt	19
Die Beschäftigung als Kernproblem einer sozialen und wirtschaftlich koordinierten Entwicklung Von Dr. <i>Otto Matzke</i> , Rom	41
Grundsätze und Methoden der Industrialisierung in Entwicklungsländern Von Dr. <i>Heinz Rudolph</i> , Düsseldorf	67
Regionale Aspekte im Entwicklungsprozeß Von Professor Dr. <i>Winfried von Urff</i> , Heidelberg	81

Entwicklungspolitik und Gesellschaftsveränderung

Von *Winfried Böll*, Bonn

Wer nicht im Tagesgeschäft aufgeht, wem es nicht genügt, auf interessanten Reisen neben depremierenden Fehlschlägen doch auch recht häufig beachtliche Erfolge von Entwicklungshilfeprojekten zu sehen, sondern vielmehr die überwältigende Mehrheit derer nicht vergessen kann, die sich von Tag zu Tag einer auswegloseren Lage gegenüber sehen, der muß hartnäckig gegen die Versuchung ankämpfen, zu resignieren, der braucht einige Disziplin, um bei sich selbst und seinen Mitarbeitern Hoffnung manchmal mehr aus Prinzip als aus beweiskräftig belegbaren Ermutigungen zu wecken.

Versuchen wir, der Frage nachzugehen, wo die Entwicklungspolitik heute angelangt ist mit ihren erheblichen Investitionen an Vorschüßerwartungen, an öffentlichen Mitteln, an humanen Reden, einsichtsvollen Papieren und nicht zuletzt versteckten und offenen Interessen. Versuchen wir aufzuzeigen, wo die Entwicklungshilfeadministration heute steht oder, ehrlicher gesagt, was einige Mitarbeiter der Entwicklungshilfeadministration heute über den Standort ihrer Arbeit in der eigenen Gesellschaft und vor dem Forum der elenden Massen denken, die auf unsere Solidarität hoffen. Ich spreche von der kleinen Gruppe von Politikern, Administratoren, Experten und Helfern, die wie ich selbst, die Illusion, sich bei einer grundlegenden Veränderung in der Welt etwas nützlich machen zu können, noch immer nicht aufgegeben haben.

Zwar können wir auf die Zustimmung eines größeren Teils der Öffentlichkeit rechnen, wenn wir armen Völkern helfen wollen, aber nur solange, wie die Entwicklungshilfe nicht zu Lasten von Staatsleistungen geht, die dem Stimmbürger wichtiger sind. Und wenn es darauf ankommt, sind ihm fast alle anderen Leistungen, Bildung, Verkehr, Soziales, Verteidigung, Wohnungsbau, wichtiger als Entwicklungshilfe. Erst recht wird er gegen Entwicklungspolitik mißtrauisch, wenn er zu spüren beginnt, daß der Erfolg dieser Politik von der Veränderung seiner Lebensgewohnheiten, seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse abhängt, daß unsere Art zu leben und zu wirtschaften sich als ein privilegierter Luxus erweist, den sich niemand mehr

leisten kann, wenn man ein bescheidenes Maß an lebensnotwendiger Versorgung, an persönlicher Entfaltungsmöglichkeit und Freiheit und an Mitbestimmung über das eigene Schicksal und unser aller Zukunft vielleicht einmal für mehr als zehn Milliarden Menschen erschließen will.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Entwicklungspolitik im Kreuzfeuer der Kritik von rechts und links steht. Oft decken sich sogar die Argumente, die aus extrem gegensätzlichen Positionen zum Beweis der Nutzlosigkeit entwicklungspolitischer Versuche formuliert werden. Entwicklungspolitik gilt nach wie vor als Tummelplatz von Ideologen, als bürokratische Geldverteilungsmaschine, als Hilfstruppe kapitalistischer Expansion, als Spielfeld humanitärer Traumtänzer, die auf der Suche nach Utopia neiderregende Reisen in fremde Länder machen und in ihrer humanitären Geschäftigkeit längst im Abseits der politischen und wirtschaftlichen Alltagssorgen gelandet sind, die die „Realisten“ in Wirtschaft und Gesellschaft hier und heute drücken. Aus der anderen Ecke heißt es dann, daß diese Träumer sich in der Geborgenheit ihrer öffentlich-rechtlichen Ämter und Versorgungsansprüche mit wohlgemeinten, aber objektiv schädlichen Maßnahmen zur Tarnung der Welt-herrschaft des Kapitals mißbrauchen lassen, wenn sie nicht geradezu als deren Vorhut oder Nachhut denunziert werden.

Entwicklungspolitik ein Lehrstück

Aus dieser Position heraus darf man wohl selbst als Staatsangestellter zugeben, daß alles, was sich heute als Konzept, Strategie, politische Absicht zur Lösung der weltweiten sozialen Antagonismen ausgibt, nur sehr vorläufig Anspruch auf Gültigkeit erheben kann. Das gilt nicht nur für die Dogmen aller Art, sondern auch für die durchaus fortschrittlichen Beschlüsse zur Zweiten Dekade. Es gibt noch keine global brauchbare Entwicklungstheorie. Es gibt Erfahrungen, Grundsätze, Konzepte mittlerer Reichweite. Es gibt auch bemerkenswerte Entwicklungserfolge in Massengesellschaften, man denke an Japan und an China. Aber nichts ist ohne weiteres übertragbar.

Außerdem kann man heute erst nur selten mit einiger Zuverlässigkeit vorausschätzen, welche Auswirkungen ein konkretes Projekt, das ökonomisch, technisch und im Zusammenhang mit seiner näheren Umgebung durchaus vernünftig konzipiert gewesen sein mag, im Gesamtrahmen einer Gesellschaft haben wird. Es fehlt noch an praktikablen Kontrollverfahren, um nicht-intendierte Folgen und Begleiterscheinungen von Entwicklungsprojekten rechtzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Versuche mit aufwendigen Analysen, etwa Nutzen-Kosten-

Analysen gaben nur selten brauchbare Hilfen für die Praxis, treffen die entscheidenden Fragen des sozio-ökonomischen Zusammenhangs meistens nicht und sind unter dem Zeitdruck, dem Referenten und Sachbearbeiter ausgesetzt sind, nicht nur nicht durchzuführen, sondern, wenn sie von wissenschaftlichen Instituten ausgearbeitet worden sind, auch kaum auszuwerten und zu lesen.

Der Erfolg der Entwicklungspolitik wird an dem gemessen, was sie verändert oder zumindest an den Hindernissen, die sie notwendigen Veränderungen aus dem Wege räumt. Veränderungen aber, die heute erforderlich sind, kann man getrost revolutionär nennen. Ganz im Gegensatz zu einem emotional aufgeladenen Revolutionsgehebe kann sie einfach nicht „das System“ über Bord werfen, in dem sie lebt, von dem sie lebt, dessen Chancen und Widersprüche sie nutzen muß. Gerade weil sie die Grundlagen der europäischen Zivilisation, die Entwicklung der europäischen Gesellschaft nicht nur als Voraussetzung des heutigen Weltzustandes, sondern auch als eine der Grundlagen ihrer eigenen Möglichkeiten mitbegreift, weil wir ohne diese Zivilisation und ihre Werte gar nicht auf den Gedanken von Entwicklungshilfe kommen würden, hat sie bei aller Transformationsabsicht Respekt vor dem Geleisteten, vor dem Bestehenden und damit hoffentlich Augenmaß für das, was bei aller Veränderung erhalten bleiben sollte.

Es gibt keine Alternative zur Entwicklungspolitik. Die „Revolution“, so wie sie von Randgruppen emphatisch verlangt wird, ist unter den gegebenen Verhältnissen nur eine deklamatorische Alternative. Es bleibt uns also die Pflicht, das „Lehrstück Entwicklungspolitik“ weiterzuspielen in der Hoffnung, daß es zusammen mit den Erfahrungen, die man heute unter den Stichworten „Umweltgefährdung“ und „Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums“ theoretisch und politisch zu verarbeiten beginnt, Wirkung auf Einstellung und Verhalten der Bevölkerung und der politisch verantwortlichen Gruppen vor allem in den Industrieländern zeigt, mehr Wirkung jedenfalls, als große provokative Verweigerungsversuche oder angsterzeugende violente Aktionen.

Wenn man die Aufzeichnungen über Erwägungen, Motive und Beschlüsse aus der Anfangszeit der Entwicklungshilfe mit den heutigen programmatischen Äußerungen der Parteien und den Regierungsbeschlüssen zur Zweiten Dekade vergleicht, ist der Fortschritt unverkennbar. Andererseits ist es aber selbst in der Projektarbeit auch heute erst in Ansätzen gelungen, eine Forderung durchzusetzen, die schon vor mehr als zehn Jahren u. a. vom deutschen Gewerkschaftsbund und von der sozialdemokratischen Partei erhoben wurde, daß nämlich bei der Vorprüfung von Projekten die sozialen und kulturellen Implikationen, die wahrscheinlichen sozialen Folgen, ebenso rechtzeitig wie die